



Ratsfraktion Bündnis 90/Die Grünen/GAL • Windthorststr. 7 • 48143 Münster

An Herrn  
Bernd Bajohr  
Geschäftsführer ver.di-Bezirk Münsterland

per Mail: bernd.bajohr

30.08.2016

**Bürgerbegehren Offener Brief und Angebot, Ihre Mail vom gestrigen Tage**

**Bündnis 90/Die Grünen/GAL**  
Ratsfraktion Münster

Windthorststr. 7  
48143 Münster

Fon: 0251 / 8 99 58 10  
ratsfraktion  
@gruene-muenster.de  
www.gruene-muenster.de

**Otto Reiners**  
Fraktionssprecher  
reiners@  
gruene-muenster.de

Sehr geehrter Herr Bajohr,

vielen Dank für die Darlegung Ihrer Einschätzung und Ihr Angebot.

Unsere Fraktion hat in Kenntnis Ihrer Mail am gestrigen Montag beschlossen, im Rat die Zulässigkeit des Bürgerbegehrens festzustellen, dem Bürgerbegehren jedoch nicht zu entsprechen.

In den vergangenen Jahren haben wir Grüne die beantragten verkaufsoffenen Sonntage für die Außenstadtteile wie Hiltrup, Kinderhaus und Handorf mitgetragen, um den inhabergeführten Handel zu unterstützen. Die verkaufsoffenen Sonntage im Advent wurden von uns Grünen aus grundsätzlichen Erwägungen abgelehnt.

In der Bündnisvereinbarung mit der CDU im Frühjahr 2016 haben wir dem Wunsch der CDU nachgegeben und im Mai 2016 die Vorlage mit weiteren verkaufsoffenen Sonntagen mitgetragen. Dafür konnten wir im Rahmen der Bündnisvereinbarung zahlreiche Grüne Forderungen festschreiben, die nun in den kommenden Jahren umgesetzt werden.

Nachdem die Entscheidungen des Rates zu den verkaufsoffenen Sonntagen meistens knapp oder in geheimer Abstimmung fielen - wurde 2015 der verkaufsoffene Adventssonntag erst durch etliche Stimmen der SPD-Ratsfraktion möglich.

Mit dem von uns gewählten Procedere können die Bürgerinnen und Bürger nun selbst entscheiden, ob die Läden geöffnet werden sollen oder nicht. Dies halten wir als basisdemokratische Partei für den richtigen Weg. Die Argumente pro und contra können nun im Vorfeld des Entscheids kontrovers diskutiert werden und die Betroffenen zu Wort kommen.

Der Bürgerentscheid kostet ca. 342.000 Euro, wie Sie in Ihrer Mail korrekt anführen. Das ist in der Tat viel Geld. Aber Demokratie und Wahlfreiheit kostet Geld. In den vergangenen Jahren sind kontroverse politische Entscheidungen des Rates mehrfach durch einen Bürgerentscheid korrigiert worden. So wurden die Teilprivatisierung der Stadtwerke (2002) und der Bau einer Musikhalle auf dem Schlossplatz (2008) mit grüner Unterstützung abgelehnt.

CDU und Grüne haben in ihrer Bündnisvereinbarung betont, dass verkaufsoffene Sonntage gemäß den Regelungen des Ladenschlussgesetzes NRW unterstützt werden. Werden die beschlossenen verkaufsoffenen Sonntage nun nachträglich von den Verwaltungsgerichten aufgehoben, erwarten wir, dass die Verwaltung Vorlagen erstellt, die rechtskonform sind und einer gerichtlichen Überprüfung standhalten.

Mit freundlichen Grüßen  
gez. Otto Reiners